



Medienkonferenz vom 17. August 2011 Echt Grün. Echt stark. Die Grünen wollen die Wahlen gewinnen

Franziska Teuscher, Nationalrätin, Vize-Präsidentin Grüne Schweiz
www.franziskateuscher.ch

Es gilt das gesprochene Wort

Mit grüner Vielfalt die Politik im Bundeshaus mitgestalten

Es freut mich ganz besonders, dass wir im Botanischen Garten unsere Pressekonferenz zum Auftakt der Grünen Wahlkampagne für den Nationalrat starten können. Ich habe eine spezielle Beziehung zu diesen Schauhäusern, habe ich doch hier Biologie mit botanischem Schwerpunkt studiert. Was mich seit langem fasziniert: Der Botanische Garten öffnet einem die Augen für die Vielfalt der Natur.

Grüne Vielfalt gegen atomare Einfalt

Die Erhaltung der Biodiversität für nachfolgende Generationen ist ein Kernanliegen Grüner Politik. Wir engagieren uns auf allen Ebenen dafür, die Lebensgrundlage für unsere Kinder und Kindeskiner zu erhalten. Dies ist uns in der verflochtenen Legislatur gut gelungen. Dank dem Engagement der Grünen wurde beispielsweise – um am Botanischen Garten anzuknüpfen – die Biodiversitätsstrategie in die Legislaturziele 2007 – 2011 aufgenommen. Zentrale Themen der Grünen wie der Atomausstieg sind inzwischen in der politischen Mitte angekommen. Diesen Schwung wollen wir mit in den Wahlherbst nehmen. Polit-Beobachter sagen zwar, der Fukushima-Effekt sei verpufft. Für mich ist dies eine kurzsichtige Betrachtungsweise: In Fukushima geht das Leiden weiter und es wird noch Jahrzehnte dauern. Ich war im Frühjahr in Tschernobyl, die Menschen dort sind noch immer mit den Folgen der Atomkatastrophe konfrontiert. Nach 25 Jahren kämpfen sie immer noch gegen kontaminierte Böden und vergiftete Lebensmittel an.

Wir Grünen wollen aus der Atomenergie definitiv aussteigen und für die bestehenden Atomkraftwerke eine Laufzeitbeschränkung festlegen. Dazu haben wir in einem breiten Bündnis die Initiative für den geordneten Atomausstieg lanciert. Damit wollen wir verhindern, dass die bürgerlichen National- und Ständeräte nach den Wahlen den Atomausstieg verwässern. Diese Ausstiegs-Diskussion ist für den Kanton Bern besonders brisant. Das Atomkraftwerk Mühleberg weist ähnliche Mängel auf wie die havarierten Reaktoren in Fukushima. Es handelt sich um Sicherheitsmängel beim Kühlsystem. Die Wasserleitungen, die von der Mitte der Aare ins AKW führen, sind laut einer Studie der ETH Zürich verstopfungsgefährdet. Darum hat die BKW die Anlage fünf Wochen früher als geplant vom Netz genommen. Damit wurde allen vor Augen geführt: Das AKW Mühleberg, 14 Kilometer vor den Toren von Bern, ist ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung. Aus Sicht der Grünen ist es unverantwortbar, ein solch unsicheres AKW noch einmal anzuschalten.

Die Kritik des prominenten Klimahistorikers Christian Pfister an den Flutberechnungen der BKW hat uns zusätzlich darin bestärkt, dass dieses AKW für die gesamte Berner Bevölkerung ein unnötiges Sicherheitsrisiko darstellt. Pfister sagt, die BKW unterschätze seit Jahren

das Risiko durch Hochwasser. Es ist an der Zeit, dass die Atomaufsichtsbehörde endlich die Stilllegung von Mühleberg verfügt. Jetzt braucht es Grüne Vielfalt mit Energie aus Sonne, Wasser, Wind und Holz statt atomarer Einfalt.

Wie wir gesehen haben, kann das AKW Mühleberg abgestellt werden und dann passiert gar nichts. Oder haben Sie in den letzten Wochen unter Stromknappheit gelitten? Die Jobs in Mühleberg gehen nicht verloren, denn der Rückbau der Anlage dauert Jahrzehnte, was viel Personal beansprucht. Die Stilllegung eröffnet unserem Kanton im Gegenzug neue Chancen im Bereich Solar-, Effizienz- und Umwelttechnologien. Nur mit der Abschaltung von Mühleberg schaffen wir den Umbau unserer Energieversorgung und stecken nicht mehr dreistellige Millionenbeträge in ein altersschwaches AKW. In der Sommersession haben wir im Nationalrat bereits wichtige Entscheide für die Energiewende gefällt:

Der Rat überwies eine Motion der Grünen Fraktion, die verlangt, dem Parlament ein Szenario für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie vorzulegen, damit die Schweiz so bald wie möglich ganz auf Atomenergie verzichten kann. Zusätzlich haben wir den Deckel bei der kostendeckenden Einspeisevergütung angehoben. Diese Kontingentierung hat bisher wichtige Investitionen für die erneuerbaren Energien blockiert. Von diesen Geldern wird auch der Kanton Bern profitieren.

Grüne Vielfalt für den ökologischen Umbau der Wirtschaft

Grüne Vielfalt ist auch gefragt, um unsere Wirtschaft ökologisch umzubauen. Die Wirtschaft muss mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umgehen. Im Frühling haben wir die Initiative für eine Grüne Wirtschaft lanciert. Sogar Economiesuisse findet diese Idee interessant und zeigt sich gesprächsbereit. Wir werden sie beim Wort nehmen. Die Initiative will die heutige Wegwerfwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft umbauen. Sie verlangt weiter ökologische Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen und positive steuerliche Anreize für umweltfreundliche Unternehmen. Die Initiative deckt sich mit den Zielen der Berner Regierung, die unseren Kanton zum wichtigsten Cleantech-Standort der Schweiz machen will. Unsere Initiative ist das Instrument dazu, um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten. Grüne Vielfalt auch in den Betrieben: Berner Unternehmen aus den verschiedenen Branchen sollen zu jenen mit dem geringsten Ressourcenverbrauch gehören. In Kanton Bern werden mit dieser Strategie viele neue und interessante Jobs entstehen. Grünes Wunschdenken? Bei weitem nicht. In Deutschland geht seit Jahren die Post ab. Jetzt müssen wir auch in der Schweiz Gas geben.

Nachhaltigkeit statt verantwortungslose Effekthascherei

Weite Teile der Welt stehen heute vor erdrückenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In der Schweiz spüren wir die Auswirkungen über die massive Überbewertung des Frankens. Auch im Kanton Bern steht uns eine finanzpolitische Rosskur bevor, denn die beträchtlichen Steuersenkungen und der absehbare Wegfall der Gewinnausschüttungen der Nationalbank an die Kantone gehen nicht spurlos am kantonalen Finanzhaushalt vorbei. Und was macht die SVP in dieser Situation? Sie fordert weitere Steuersenkungen. Eine solche Politik ist schlicht verantwortungslos und schädlich für den Kanton Bern. Die SVP beweist damit einmal mehr: Die lautesten Schreier gegen neue Defizite sind in der Regel gleichzeitig auch die Verursacher der Schuldenwirtschaft. Als Grüne ist uns hingegen Nachhaltigkeit auch in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ein zentrales Anliegen. Und deshalb sagen wir Nein zu dieser fatalen Politik der leeren Kassen.

Zum Schluss: Im Februar 2011 sagten 49 Prozent der Bernerinnen und Berner Nein zu einem neuen Atomkraftwerk in Mühleberg. Dieser Wille muss auch im Nationalrat eingebracht werden. Jede Grüne Stimme ist eine Stimme für den Atomausstieg. Jede Grüne Stimme belebt und ergänzt die Grüne Vielfalt im Nationalrat. Echt Grün. Echt stark.